

Pressemitteilung
09.12.2025

Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien
Offener Brief an die saarländischen Landtags-
und Bundestagsabgeordneten

Anlässlich des morgigen Internationalen Tages der Menschenrechte (10. Dezember) hat der Saarländische Flüchtlingsrat e.V. an die saarländischen SPD-Landtags- und Bundestagsabgeordneten appelliert, sich für einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan und Syrien einzusetzen. In einem Offenen Brief kritisiert der Verein die Verabredung der Berliner Koalition für Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien als zynisch und ignorant angesichts der politischen und sozialen Situation in diesen Ländern.

„Weder Afghanistan noch Syrien sind sicher. In beiden Ländern herrscht ein Klima der Gewalt und Brutalität“, sagte dazu Peter Nobert vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates. „Es ist eine Schande, dass die Bundesregierung faktisch mit dem afghanischen Terrorregime verhandelt, nur um dahin abschieben zu können. Das Gleiche gilt für Syrien. Hier ist mit dem Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa ein Ableger von Al Qaida an die Macht gekommen.“

Wörtlich heißt es in dem Offenen Brief: „Ein Abschiebestopp wäre nicht nur ein Zeichen der Entwarnung gegenüber den vielen verunsicherten afghanischen und syrischen Geflüchteten, sondern auch ein humanitäres Signal in Richtung Gesellschaft.“

„Wir verwahren uns dagegen, wenn in der aufgeheizten Debatte über Abschiebungen inflationär die Figur des „Straftäters“ aufgerufen wird“, so Peter Nobert weiter. „Damit sollen in der Öffentlichkeit gerade auch Abschiebungen in autoritäre und von staatlicher Willkür geprägte Regime gerechtfertigt werden.“ Das werde gegenwärtig an Afghanistan deutlich. Bundesinnenminister Dobrindt sei entschlossen, sogar Frauen nach Afghanistan abzuschicken. In ein Land also, wo sie vollkommen entrechtet seien.

„Die rechte Stimmungsmache wirkt. Ob es um Drogenmissbrauch, Kriminalität oder Islamismus geht: Am Ende werden Abschiebungen als Lösung sozialer und politischer Probleme verhandelt. Was für ein Unsinn!“, erklärte Peter Nobert abschließend. „Von den saarländischen SPD-Abgeordneten erwarten wir, dass sie den Abschiebebeschluss der Berliner Koalition hinterfragen und sich im Sinne der Menschenrechte für einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan und Syrien einsetzen.“

Den Offenen Brief finden Sie hier:
<https://tinyurl.com/fk88r68u>



Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 13 –17 Uhr

Vorstand:
Dilan Akdogan
Elke Klein
Peter Nobert
Tobias Schunk

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309 86
BIC: KRSAD55XXX